# Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

**Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein**
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen .... 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln

Nummer 295 — Fernsprecher Nr. 1 — Laasphe, Donnerstag den 18. Dezember 1930 — 55. Jahrgang


## Neues vom Tage.

— Die für Mittwoch geplante Kundgebung der Nationalsozialisten, in der Adolf Hitler sprechen sollte, sowie die am gleichen Tage geplanten Gegenkundgebungen des Reichsbanners und der Kommunisten in Magdeburg sind vom Polizeipräsidenten in Magdeburg verboten worden.

— Zwölf italienische Wasserflugzeuge sind von Orbetello (Italien) aus unter dem Befehl des Luftfahrtministers Balbo zum Fluge nach Brasilien aufgestiegen. Das Ziel des ersten Flugabschnittes ist die spanische Hafenstadt Cartagena.

— Der finnische Reichstag nahm mit sämtlichen Stimmen der bürgerlichen Parteien den Heeresetat an gegen die Stimmen der Sozialisten, die ihre ablehnende Haltung mit wirtschaftlichen Gründen rechtfertigten. Der Heeresetat fordert für das nächste Jahr 75 Millionen Mark und für die folgenden fünf Jahre je 125 Millionen Mark an.

— Aus Guatemala in Mexiko sind Funkmeldungen eingetroffen, denen zufolge dort gestern eine bewaffnete Erhebung ausgebrochen ist. In den Straßen der Stadt ist es zu Feuergefechten gekommen.

## Das Rußland von heute.

Ein guter Kenner des heutigen Rußland, Geh.-Rat Weffig, der von 1928 bis 1930 neun große Reisen in die verschiedensten Teile der Sowjet-Union gemacht hat, berichtete in einem Vortrag in Berlin über seine Eindrücke. Nach einem Bericht, der uns zugegangen ist, geben wir die Hauptpunkte seiner Ausführungen wieder. Auch wer die russischen Verhältnisse anders beurteilt als Geh.-Rat Weffig, wird diese Ausführungen mit Nutzen lesen.

Redaktion.

Das alte Rußland kommt nicht wieder. Wenn die Emigranten, die sich im westlichen Europa aufhalten, daran glauben wollen, so befinden sie sich in einem Irrtum, der nur dadurch zu erklären ist, daß sie den Dingen ihrer Heimat nun schon jahrelang ferngerückt sind. Das Regierungssystem ist sehr geschickt aufgebaut, indem es den zahlreichen Völkern des großen Reiches den Schein einer Selbständigkeit gibt, obgleich in der Praxis die Zentralgewalt allmächtig ist. Niemals darf vergessen werden, daß die Sowjet-Union ein Sechstel der ganzen Erdoberfläche einnimmt, daß sie nur zum kleineren Teil europäischen Charakter trägt, im größeren Umfang vielmehr ein asiatischer Staat ist. Selbst in Moskau ist der europäische Firnis verschwunden, obgleich das fast die einzige Gegend des Reiches ist, in der Arbeitermassen konzentriert wohnen.

Sonst aber besteht das Land zu 90 Prozent aus Bauern, größtenteils sogar asiatischen Bauern. Diese Menschen sind bedürfnislos und seit undenkbaren Zeiten gewohnt, Leiden auf sich zu nehmen. Das heutige Schlagwort der Sowjets ist der Kampf gegen den „Kulaken" und für den Kollektivismus. Als Kulaken hatte man früher den „Ausbeuter" bezeichnet, den wohlhabenden Bauern, man versteht heute in ihm den fleißigen Landwirt, den Pfarrer oder sonst einen Menschen, der kein Bolschewist ist und der nun in dem Dorfe das Ziel des Klassenkampfes abgeben muß. Die Vernichtung der privatwirtschaftlichen Elemente, selbst wenn sie keine Großbauern sind, nur weil sie fleißig und ordnungsliebend sind, war das grauenvolle Werk der Bauernvertreibungen der letzten Jahre. Ihnen sind auch die deutschen Kolonien, an der Wolga usw., größtenteils zum Opfer gefallen. Immerhin hat Stalin einsehen müssen, daß diese gewaltsame Kollektivisierung über das Ziel hinausgeschossen hat. Man ist technisch gar nicht in der Lage gewesen, das in Gemeinwirtschaften umgelegte Land oder das Eigentum der vertriebenen Bauern rationell zu bewirtschaften, weil dazu die technischen Voraussetzungen fehlten.

Die Folge der Vernichtung großer Teile des Bauerntums ist der rapide Rückgang des Viehbestandes geworden, ein Manko an Nahrungsmitteln usw. Deshalb herrscht in Rußland ein starker Mangel an Fleisch, eine Teuerung an Schuhwaren, von der man sich bei uns keine Vorstellung macht. (Ein Paar gute Schuhe 400 bis 500 Mark). Die frühen Schlachtungen haben dazu geführt, daß brauchbares Schuhleder nicht zu haben ist. Deshalb hat Stalin fast in letzter Stunde seinen Erlaß herausgegeben, der der Kollektivisierung einen vorläufigen Einhalt gebieten soll. Die individuelle Wirtschaft hat prozentual mehr Getreide geliefert als die großen Kollektivbetriebe, obwohl diese jetzt schon 40 Prozent der bebauten Fläche ausmachen. Der Grund liegt darin, daß man dem Eigenbauer mit Drohungen das letzte Korn herauspressen wird, während man bei den Kollektivwirtschaften nicht in gleicher Weise verfahren kann.

In den Städten sieht es ebenfalls trübe aus, am schlimmsten in den kleineren Städten, wo keine Industrie ist und wohin keine Fremden kommen, auf die man gewisse Rücksichten nimmt. In den Großstädten ist man offensichtlich bestrebt, für die Mitglieder der Gewerkschaften zu sorgen, alle anderen leiden bitterste Not. Die Wohnungsverhältnisse sind katastrophal, besonders in Moskau, das in den letzten Jahren einen starken Bevölkerungszuwachs erfahren hat. Das Familienleben ich durch die 5-Tage-Arbeitswoche zerrissen. Die „früheren Menschen" (auch ein Sowjet-Ausdruck!) haben kein Anrecht auf die billigeren Lebensmittel wie die Gewerkschafter, sie müssen alles teuer bezahlen und haben kaum die Möglichkeit ausreichenden Verdienstes. Selbst für organisierte Arbeiter ist die Versorgung schlecht genug. So kostet ein Pfund Butter (400 Gramm) fünfzig Mark, das Pfund Mehl und Zucker 30 Mark.

Den nicht kommunistisch organisierten Leuten ist der Rest eines spärlichen Besitzes durch die planmäßigen Ueberfälle der „Stoßbrigaden" weggenommen worden. Im übrigen stützt sich die Sowjetmacht auf ihre Staatspolizei (G.P.U.), eine Kerngruppe der Machthaber, 100 000 Mann stark, gut besoldet und gut verpflegt. Vor ihr zittert Rußland. Die Armee sucht ihren Nachwuchs unter Proletariern und Kleinbauern. Auch für die Marine wird viel getan.

Der vielbesprochene 5-Jahresplan, der jetzt sogar auf 4 Jahre zusammengefaßt wird, will die Industrialisierung des großen Reiches mit Gewalt vorwärts treiben. Vieles steht ihm im Wege, aber zweifellos sind auch starke Fortschritte gemacht. Der ungeheure Reichtum der Naturschätze kommt schließlich auch diesem Unternehmen irgendeinmal zugute. Man sucht z. B. mit gewaltigen Mitteln Sibirien zu erschließen. Nicht zu verkennen ist, daß das Sowjet-System die apathischen Massen zur Arbeit gepreßt und durch schlechte Bezahlung zur Sparsamkeit gezwungen hat. Die Schattenseiten bestehen u. a. in der Ueberorganisation, der Scheu vor der Verantwortung und dem schlechten Zustande des Transportwesens. Die Sowjets scheinen fest in ihrer Macht zu stehen, es kann auf die Dauer Abschwächungen des Systems geben, in seinen Grundzügen aber wird es bleiben.

## Der Reichsbankausweis.

**Goldbestände haben weiter zugenommen.**

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Dezember hat sich in der zweiten Dezemberwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten von 229.7 Mill. auf 2015.0 Mill. RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 224.4 Millionen auf 1775.8 Mill. RM., die Bestände an Reichsschatzwechseln um 11.0 Mill. auf 55.3 Mill. RM. abgenommen und die Lombardbestände um 5.7 Mill. auf 81.4 Mill. zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 183.5 Mill. RM. in die Kassen der Banken zurückgeflossen, und zwar entfällt die gesamte Umlaufsverminderung auf die Reichsbanknoten. Der Umlauf an Rentenbankscheinen ist mit 410.0 Mill. Reichsmark unverändert geblieben. Dementsprechend stellten sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen wiederum auf 36.8 Mill. RM. Die fremden Gelder zeigen mit 301.3 Mill. Reichsmark eine Abnahme um 43.1 Mill. RM.

**Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 39.3 Mill. auf 2766.6 Mill. RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 25.4 Mill. auf 2215.7 Mill. RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 13.9 Mill. auf 550.9 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 49.3 Prozent in der Vorwoche auf 52.1 Prozent, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 61.4 auf 65 Prozent.**

## Die polnische Säbelherrschaft

**Eine Anfrage der Opposition im polnischen Parlament. — Haarsträubende Vorgänge im Festungsgefängnis zu Brest-Litowsk. — Pilsudski fern der Heimat. — Der Festungskommandant, eine menschliche Bestie. — Diktatur ohne Diktator.**

### Eine national-demokratische Interpellation.

Im polnischen Sejm kam eine national-demokratische Interpellation zur Beratung, in der gefordert wird, daß diejenigen, die in Brest die gefangenen Abgeordneten geschlagen hätten, aus dem Heere ausgestoßen werden müßten. Der Redner des Regierungsblocks, Oberst Koc, erklärte, daß in Brest wohl alles in Ordnung gewesen sei, da sich die dort Eingekerkerten nicht nicht beschwert hätten. Die Dringlichkeit des Antrags wurde dann, wie erwartet, mit den Stimmen des Regierungsblocks gegen die Opposition abgelehnt.

### Schicksale polnischer politischer Gefangener.

In dieser Anfrage wird die furchtbare Behandlung der im Militärgefängnis von Brest-Litowsk eingekerkerten oppositionellen Politiker geschildert. Die Interpellation betont, daß die oppositionellen Führer, die ohne Gerichtsbeschluß auf Verfügung des Innenministers General Skladkowski verhaftet worden sind, in geschlossenem Wagen in unbekannter Richtung verschleppt wurden. Auf der Fahrt wurden sie beschimpft und bedroht. Der sozialistische Führer Dr. Liebermann wurde auf dem Wege nach Brest-Litowsk so lange geschlagen, bis er das Bewußtsein verlor.

**Etwas später blieb das Auto in einem Walde stehen, und Liebermann wurde mit Kolbenstößen in den Wald getrieben. Im Walde schlug ihn ein Polizeikommissar zweimal ins Gesicht, so daß er zu Boden stürzte. Liebermann wurde dann entkleidet und nochmals derart geschlagen, daß er über 20 blutige Wunden davontrug. Gleichzeitig rief man ihm zu: „Du hast es gewagt, deine Stimme gegen den Herrn Marschall zu erheben!"**

### Im Festungsgefängnis.

Im Gefängnis wurden die Gefangenen von wachthabenden Offizieren und Gendarmen mit den gemeinsten Schimpfworten belegt. Man hielt sie zu den schwersten Arbeiten an. Liebermann, Professor Prager und der ehemalige Ministerpräsident Witos mußten mit Lappen oder mit einem kurzen kleinen Besen, alle fast mit bloßen Händen, Aborte reinigen und Fußböden scheuern. Dr. Liebermann erlitt bei dieser Arbeit einen Herzanfall.

**Wenn die Abgeordneten die Gefängnisordnung irgendwie verletzten, sperrte man sie in finstere Zellen ein, in denen nicht einmal Kübel für die natürlichen Bedürfnisse standen. Das Lager bestand aus einer Bettstelle ohne Strohsack mit voneinanderabstehenden Holzleisten. Als Nahrung erhielten die Gefangenen nur etwas Brot und warmes Salzwasser.**

### Ein Sejm-Abgeordneter im Dunkel-Arrest.

Der Abgeordnete Popiel wurde eines Nachts auf Befehl eines Hauptmann in einen dunklen Raum gesperrt. Als er die Schwelle übertrat, wurde er von zwei Gendarmen auf einen Tisch geworfen. Dann legte man ihm ein nasses Tuch auf den Rücken und versetzte ihm mit eisernen Stäben 30 Hiebe. Popiel verlor dabei die Besinnung.

**Nach der Mißhandlung sperrte man Popiel einige Tage in den Keller ein. Ebenso wie Popiel wurden auch noch Korfanty und der Bauernabgeordnete Baginski verprügelt. Andere Abgeordnete wurden barbarisch ins Gesicht geschlagen, wie beispielsweise der Ukrainer Kohut. Während des Prügelns wurde stets der Motor des Wasserwerks in Bewegung gesetzt, um durch sein Geräusch die Schreie der mißhandleten Opfer zu übertönen.**

### Der Diktator auf Reisen.

Der gänzlich entmenschte Oberst Biernacke, der als Festungskommandant nach Brest-Litowsk kommandiert worden war, drohte im Namen des Marschalls Pilsudski des öfteren den Gefangenen mit sofortigem Erschießen. Ueber die Scheinhinrichtungen, mit denen die Abgeordneten Liebermann und Popiel gequält wurden, haben wir schon berichtet.

**Die Interpellation nennt dann sämtliche an diesen Folterungen beteiligten Offiziere mit vollem Namen, den Obersten Biernacki an der Spitze. Marschall Pilsudski aber, der sich auf der Reise nach Madeira befindet, wußte von all diesen Abscheulichkeiten, über die er sich täglich berichten ließ.**

### Die Militärdiktatur unbestritten.

Der Marschall will tatsächlich ein halbes Jahr von Polen fernbleiben, so daß also hier die Diktatur ohne Diktator herrscht. Dafür sind noch mehr höhere Stellen mit Generalen und Obersten besetzt worden. Außenminister Zaleski ist vollkommen lahmgelegt.

**Der Oberst Beck als Vizeminister des Aeußeren und der gängerische und unbedachte Oberst Schätzel dirigieren die Ostabteilung, was bei den jetzigen gespannten Verhältnissen mit Rußland besonders gefährlich ist. Da auch an der Spitze der größeren Unternehmungen und der obersten Behörden, wie der Obersten Rechnungskammer, der Landwirtschaftsbank und anderen Institutionen Generäle und Obersten stehen, so ist die Herrschaft des Säbels unbestritten.**

## Die Außenpolitik der Reichsregierung.

**Eine Rede des Außenministers Curtius.**

In einer Versammlung in Königsberg in Ostpreußen besprach der deutsche Außenminister Dr. Curtius außenpolitische Fragen. Er streifte die Vorgänge in Ostoberschlesien und den im Hinblick auf die Januartagung des Völkerbundes erfolgten Aufschub der außenpolitischen Reichstagsdebatte. Dann ging der Minister zum Young-Plan über, schilderte noch einmal die Lage im Jahre 1929/30, die Bedeutung des Uebergangs vom Dawes-Plan zum Young-Plan, um dann darzulegen, daß sich seit Annahme des Young-Plans die Verhältnisse vollkommen verschoben, in einer Art und Weise, wie sie keiner der Sachverständigen 1929 voraussehen konnte. In einem kurzen Ueberblick zur Abrüstungsfrage wies der Minister auf die Vertragspflicht der Alliierten aus dem Versailler Vertrag hin und auf die Aussichten der allgemeinen Abrüstungskonferenz, wie auf die Wandlungen, die gerade in der Abrüstungsfrage in den letzten drei Monaten eingetreten seien. Dr. Curtius stellt allen Ausflüchten die einfache klare These gegenüber, daß die deutsche Sicherheit mehr gefährdet sei als die Frankreichs.

**Er berührte dann das weitere große Problem unserer Tage: die Revisionsfrage. Dr. Curtius erinnerte an die Stresemann-Rede in Königsberg, in dem er unterstrich, daß Stresemann nicht nur den Blick nach dem Westen in seinem Programm gehabt habe, sondern von Anfang an seine außenpolitische Tätigkeit auf eine breitere Basis stellte, was ja schon symbolisch bei**

**Abschluß des Berliner Vertrages mit Sowjetrußland unmittelbar nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war. Seine, Curtius', Politik in den letzten Monaten sei mit besonderem Nachdruck nach Osten orientiert. Zweck der Ostpreußenreise sei, zum Ausdruck zu bringen, daß das Reich Ostpreußen auch in seiner Außenpolitik nicht im Stich lasse.**

## Preußischer Landtag.

Berlin, 17. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten

**Beratung des Etats für 1931.**

Die Verbindung der sozialdemokratischen Interpellation über nationalsozialistischen Terror mit dem Etat wird beschlossen.

Abg. **Kasper** (Kom.) erklärt, soeben sei der kommunistische Abgeordnete Tunkel von polnischen Polizisten verhaftet worden, weil er auf einer Betriebsversammlung in Königshütte das Mißfallen von Pilsudski-Anhängern erregt habe. Die kommunistische Fraktion beantrage, die Regierung möge durch Vermittlung des Auswärtigen Amts sofort auf die Freilassung des Abgeordneten hinwirken.

Der Antrag auf Freilassung des Abgeordneten Tunkel wird sofort einstimmig angenommen.

Zur Beantwortung einer Interpellation über die

**Wohnungsverhältnisse auf dem Lande**

nimmt Ministerialdirektor

**Meyer** vom Wohlfahrtsministerium das Wort.

Er betont, daß auch Hauszinssteuermittel zur Besserung der Altwohnräume auf dem Lande verwendet werden könnten, und daß weiter die Gemeindeverbände einen fünfprozentigen Anteil für den gleichen Zweck aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu nehmen berechtigt wären. Es stünden auf diesem Wege Mittel für Darlehen für die Besserung der ländlichen Wohnungsverhältnisse zur Verfügung, die nur mit 2 Prozent zu verzinsen seien und zehn Jahre liefen. Die Antwort verweist ferner auf die große Finanznot des Staates, die noch wirksamere Maßnahmen im Augenblick verhindere.

In der nun beginnenden Etatsdebatte führt

Abg. **Szillat** (Soz.) aus, der Minister habe in seiner Rede nicht genügend die große finanzielle Belastung berücksichtigt, die den Gemeinden aus der großen Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen erwächst. Der Städtetag sei bei seiner Berechnung der Gemeindefinanzen der Wirklichkeit nähergekommen, als der Minister mit seiner zu optimistischen Darstellung. Die Notverordnung der Reichsregierung hatte manche Schwierigkeiten auch für den preußischen Etat. Den preußischen Gemeinden müsse aber geholfen werden. Dazu sei aber erforderlich eine Abkehr von der jetzt üblichen Methode, dem Grundbesitz auf dem Lande durch immer wiederholte Stundungen die Steuerpflicht praktisch ganz abzunehmen.

Abg. **von Winterfeldt** (Dnt.) protestiert gegen die Mißhandlungen, die von den Polen den Angehörigen der deutschen Minderheit zugefügt worden sind. Während Polen die deutschen Interessen fortwährend aufs schwerste verletze, sei das deutsche Holzabkommen mit Polen leider noch immer nicht gekündigt. Der lahme Protest der Reichsregierung gegen den polnischen Wahlterror könne niemanden befriedigen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Das noch nicht ratifizierte deutsch-polnische Liquidationsabkommen müsse jetzt noch rückgängig gemacht werden. Die Landwirtschaft ist erregt darüber, daß das Hilfswerk gelegt worden ist nicht in die Hand eines Vertreters der Landwirtschaft, sondern des Staatssekretärs Krüger. Der Vertrag mit der evangelischen Kirche wird immer wieder verzögert, weil das Zentrum und die Sozialdemokraten die Aufnahme einer politischen Klausel verlangen, die für die evangelische Kirche unannehmbar ist.

Abg. **Kasper** (Kom.) beantragt, mit der Beratung eine Interpellation zu verbinden, in der es heißt, in letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Ueberfälle ausgeführt werden von Nationalsozialisten im engsten Zusammenwirken mit der preußischen Polizei. (Stürmische, lang anhaltende Heiterkeit.)

Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** erwidert dem Abg. von Winterfeldt: Sie leugnen, daß ohne die Maßnahmen der Preußenkasse ein schmählicher Zusammenbruch nicht bloß der Raiffeisengenossenschaften, sondern auch der ostpreußischen Landwirtschaft eingetreten wäre. Wo würde es möglich sein, daß ein staatliches Geldinstitut seine Geldmittel ausleiht, ohne die Anlegung und Verwendung der Kredite zu kontrollieren?

Abg. Dr. **Heß** (Ztr.) führt Beschwerde darüber, daß der Landtagsbeschluß über die Gleichstellung der höheren technischen mit den höheren juristischen Verwaltungsbeamten nicht durchgeführt worden sei. Wer sein Vaterland liebt, der sollte wünschen,daß sich während der Weihnachtsferien die Führer der großen Kampforganisationen zusammensetzen und beschließen: Der Kampf zwischen uns soll fortgesetzt werden, aber er soll sich in Zukunft in anständigen Formen vollziehen und Stuhlbeine usw. sollen dabei ausgeschlossen sein. Wer sich an diese Vereinbarung nicht kehrt, ist aus unserer Gemeinschaft ausgeschlossen und mag sehen wo er bleibt. Eine solche Vereinbarung würde dem Vaterlande nutzen und unserer braven Schupo das Leben erleichtern.

Abg. **Dr. v. Eynern** (D. V.) forderte weitere Abstriche am Etat und verbat sich in einer Polemik gegen die Etatsrede des Finanzministers die zu enge Auslegung des Begriffs der „verfassungstreuen Parteien", denen die Regierungen Dank schuldeten. Schuld an dem Ausgang der Reichstagswahlen trage nicht zuletzt die preußische Politik, die nicht den Staat, sondern die Partei sich als Richtschnur nehme.

Abg. **Baecker** (Lv.) fragt den Finanzminister, ob die Preußenkasse für die Sanierung der Landwirtschaft mehr Geld hergegeben habe, als sie vom Reich für diesen Zweck erhalten hat.

Abg. **Falk** (Stp.) betont die Notwendigkeit, angesichts der fortdauernden Bedrückung des deutschen Volkes die innere Einheitsfront herzustellen. Dank gebühre der Reichsregierung dafür, daß sie den Mut gefunden hat, die Reichsfinanzen zu sanieren.

Die Weiterberatung wird um 17.30 Uhr auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

## Die Beratungen des Reichskabinetts.

**Amtliche Feier des Reichsgründungstags. — Graf Bernstorff berichtet. — Die Reichskanzlei zieht um.**

Das Reichskabinett hat sich mit der Frage beschäftigt, wie am 18. Januar die 60jährige Wiederkehr der Reichsgründung gefeiert werden soll.

**Wie wir hören, ist eine amtliche Feier geplant, die etwa denselben Charakter trägt wie die üblichen Verfassungsfeiern am 11. August. Ursprünglich war wohl der Gedanke erwogen, die Ministerpräsidenten der Länder besonders nach Berlin einzuladen; mit Rücksicht auf die Kosten hat man davon Abstand genommen. Die Hauptfeier wird im Reichstag stattfinden, und zwar wahrscheinlich unter Teilnahme des Reichspräsidenten.**

Mit der Preisfrage für Markenartikel hat sich das Kabinett noch nicht beschäftigt, dagegen hat Graf Bernstorff in einer Ministerbesprechung über die Abrüstungsverhandlungen berichtet. Die Besprechung galt naturgemäß der Vorbereitung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

**Vor Weihnachten wird nun am Freitag noch eine Kabinettssitzung stattfinden. Es wird nicht nur die letzte dieses Jahres sein, sondern auch die letzte in dem alten Gebäude der Reichskanzlei. Zwischen Weihnachten und Neujahr wird der Erweiterungsbau bezogen werden, der nun fertiggestellt ist.**

## Aus dem Preissenkungs-Ausschuß.

**Keine neuen Maßnahmen vor Weihnachten.**

An der Sitzung des Preissenkungs-Ausschusses der Reichsregierung nahmen teil außer dem Reichskanzler Reichsbankpräsident Dr. Luther, die Reichsminister Dietrich, Wirth, Stegerwald und Schiele, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg, der preußische Handelsminister Schneider und der Präsident des Deutschen Städtetags Dr. Mulert. Wie wir erfahren, hat der Ausschuß sich zunächst über die Entwicklung der Lebensmittelpreise Bericht erstatten lassen. Die drei Hauptprobleme, die noch behandelt werden müssen, sind die Preise für Eisen, Markenartikel und Arzneimittel.

**Die Beratung drehte sich hauptsächlich um die Preise der Markenartikel. Wenn ein Beschluß noch nicht gefaßt wurde, so hat das seinen Grund darin, daß der Ausschuß eine Entscheidung über dieses Gebiet der Preisbildung wenige Tage vor Weihnachten nicht für angebracht hielt. Man kann aber wohl annehmen, daß die Aktion im Januar gerade im Hinblick auf die Markenartikel erneut fortgeführt werden wird. Die Maßnahmen, die zu einer Senkung der gebundenen Preise führen können, sind außerdem unter Umständen einschneidender Art, und schon deshalb wird der Ausschuß vielleicht die letzte Entscheidung dem Kabinett überlassen wollen.**

## Was wird aus dem Kabinett Steeg?

**Die Folgen einer sozialistischen Unterstützung.**

Die nationalistische Zeitung „L'Ordre" will erfahren haben, daß, wenn am Donnerstag in der Kammer die Sozialisten für das Kabinett Steeg stimmen sollten, wenigstens zwei Mitglieder der Regierung, nämlich der Unterstaatssekretär im Innenministerium Coty und der Pensionsminister Thoumyre, zurücktreten werden, weil sie nicht einer Kombination angehören wollten, die sich auf das ehemalige Kartell der Linken stützt. Sie hätten sich in diesem Sinne mehreren Mitgliedern ihrer Fraktion (Linksrepublikaner) gegenüber geäußert.

**Das gleiche Blatt glaubt ankündigen zu können, daß, falls der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird, drei neue Unterstaatssekretäre ernannt werden, nämlich Adolphe Chéron (Radikale Linke) zum Unterstaatssekretär für körperliche Ertüchtigung — nachdem Frédéric Brunet, der zur Zeit dieses Unterstaatssekretariat zugleich mit demjenigen für technischen Unterricht verwaltet, das erstere abgegeben haben wird —, Abgeordneter Jacques Stern (Linksrepublikaner) zum Unterstaatssekretär im Marineministerium und Abgeordneter de Chappedelaine (Radikale Linke) zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium als Nachfolger des zurückgetretenen Abgeordneten Baréty.**

## Spanische Fremdenlegionäre nach Madrid.

**Unzufriedenheit bei den spanischen Truppen.**

Aus Madrid wird gemeldet, daß ein Bataillon spanischer Fremdenlegionäre und eine Abteilung marokkanischer Zivilgarde in Algeciras gelandet und nach Madrid befördert worden sind, um dort die Ordnung zu schützen. Weitere Abteilungen würden erwartet. Die regulären Regimenter sollen über die Ankunft der marokkanischen Truppen, die doppelten Sold erhalten, unzufrieden sein. In Algeciras ist das Standrecht verhängt worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Lage in Barcelona ist nach einer Havasmeldung verhältnismäßig ruhig. Truppen haben die wichtigsten Punkte der Bannmeile besetzt.

**Die Militärbehörden haben die Geschäftsräume der katalanischen national-republikanischen Partei Accio Catalana schließen lassen. Elf Gewerkschaftsführer, die zum Streik aufgefordert hatten, sind verhaftet worden. Die Telephonverbindungen mit dem übrigen Spanien sind seit 24 Stunden unterbrochen.**

### Meuterei in der spanischen Marine?

„New York Herald" meldet aus Gibraltar, daß in der spanischen Marine eine Meuterei ausgebrochen sein soll. Man behaupte, daß die Marine die revolutionäre Bewegung unterstütze. Private aus Madrid erhaltene Nachrichten dementierten diese Gerüchte nicht. Es werde festgestellt, daß mehrere Flotteneinheiten in Cadiz und Valencia zu den Revolutionären übergegangen seien.

### Kriegsrecht und Generalstreik.

Havas berichtet aus Madrid: In Barcelona wurde für fünf verdächtige Regimenter das Kriegsrecht proklamiert. Barcelona steht unter dem Kommando von fünf Generalen, die der Regierung ergeben sind. Die Regierung hat eine Mitteilung über die Lage veröffentlicht. Danach ist der Generalstreik allgemein in folgenden Provinzen: LaCoruna, Huelva, Jaen, Logrono, Navarra, Santander, Biscaya und Saragossa. Teilstreiks herrschen in Cordoba, Granada, Leriba und Sevilla. Die übrigen Provinzen sollen vom Streik verschont sein.

**In manchen Gegenden ist es zu Zwischenfällen gekommen. In Collosa, Segura (Alicante) und in Elche (Alicante) versuchten Manifestanten, den Straßenverkehr zum Stillstand zu bringen. Zwischen ihnen und der Polizei gab es Zusammenstöße. In Gijon ist eine Gedenktafel mit dem Namen Primo de Riveras von einem Jesuitenkloster herabgerissen worden. Die Täter haben die Fenster des Klosters mit Steinen eingeworfen. Die Polizei trieb sie auseinander. Einer der Angreifer wurde getötet. Die Note erklärt zum Schluß, daß der Regierung aus zahlreichen Gegenden und von vielen Verbänden Zuschriften zugegangen seien, in denen ihr deren Ergebenheit versichert wird. Die Lage beginnt, so heißt es weiter, wieder normal zu werden.**

### Major Franco über die Ziele der Aufstandsbewegung.

Der Vertreter der Agentur Havas in Lissabon hatte mit dem spanischen Fliegermajor Franco eine Unterredung. Franco erklärte, die Aufstandsbewegung hatte die Ausrufung der Republik in Spanien zum Ziele, denn das Land brauche größere Freiheit und könne nicht länger unter einem Regime leben, das es seit acht Jahren ersticke. Spanien wolle nicht länger von General Berenguer regiert werden. Spanien werde auch seinem König die Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten nicht verzeihen. Der Aufstand sei jetzt nur aufgeschoben, denn es handle sich um eine große nationale Bewegung, nicht aber um vereinzelte unbesonnene Handstreiche. Er, Franco, und seine Freunde beabsichtigten, Portugal zu verlassen und in ein anderes Land überzusiedeln. Dann würden sie weiter sehen. Die künftige Republik Spanien, für die sie kämpften, könnte nur eine bundesstaatliche Republik sein.

**Die einzigen Verantwortlichen für die Vorfälle auf dem Flugplatz „Zu den vier Winden" sei er, Franco, und seine in Portugal befindlichen Freunde. Sie seien nach Portugal geflüchtet, weil die Bevölkerung von Madrid auf ihre Aufrufe nicht eingegangen sei. Sie hätten nicht gewollt, daß die Soldaten und Arbeiter auf dem Flugplatz „Zu den vier Winden" einer Bestrafung ausgesetzt werden. Die aufständischen Flieger hätten, trotzdem sie an ihren Flugzeugen Bomben befestigt hatten, diese mit Rücksicht auf die Bevölkerung nicht abgeworfen.**

### Fünftes spanisches Flugzeug in Portugal.

Havas berichtet aus Lissabon, daß ein fünftes spanisches Flugzeug mit einem Artilleriehauptmann, der an der Aufstandsbewegung beteiligt war, auf portugiesischem Boden gelandet ist.

## Beseitigung der Erwerbslosigkeit in Rußland.

**Neuregelung der Verteilung der Arbeitskräfte.**

Die Sowjetregierung veröffentlicht ein Dekret über eine neue Regelung der Einstellung und der Verteilung der Arbeitskräfte. Das Dekret stellt eine völlige Beseitigung der Erwerbslosigkeit in der Sowjetunion fest, die der erfolgreichen sozialistischen Industrialisierung und dem raschen Kollektivierungstempo zu verdanken sei, und weist darauf hin, daß der weitere wirtschaftliche Fortschritt des Landes nicht nur die Vorbereitung bedeutender Cadres von Qualitätsarbeitern erfordere, sondern auch deren planmäßige Verteilung. Die Regierung überträgt diese Aufgabe den Organen des Arbeitskommissariats. In dem Dekret ist eine Reihe wesentlicher Vergünstigungen für die Arbeiter, Techniker und Ingenieure vorgesehen, die sich entweder durch Stoßtrupparbeit oder Erfindungen und wertvolle Betriebsneuerungen ausgezeichnet oder lange Zeit hindurch in dem gleichen Betriebe gearbeitet haben. Gleichzeitig werden die Personen, die ohne zwingenden Grund eine Tätigkeit in ihrem Fach ablehnen, sechs Monate lang aus den Evidenzlisten der Organe des Arbeitskommissariats gestrichen.

## Politische Tagesschau.

**Eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei.**

**Berlin**, 18. Dez. Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, ist auf seinen eigenen Wunsch vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen worden. In der längeren Unterredung wies Abg. Dingeldey insbesondere auf den von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gestellten Antrag hin, in dem bekanntlich weitere Ersparnisse im Reichshaushalt für 1931 gefordert werden. Dieser Antrag sei auf Grund sorgfältiger Erwägungen über die gesamte finanz- und wirtschaftspolitische Frage gestellt worden und drücke den bestimmten Wunsch der Deutschen Volkspartei aus, unter allen Umständen den neuen Reichshaushaltsplan vor jeder Gefahr zu bewahren. Die Deutsche Volkspartei sehe die innen- und außenpolitischen Folgen einer durch Konjunkturschwankungen eintretenden Gefährdung des Reichshaushalts als so schwerwiegend an, daß sie unbedingt auf der rechtzeitigen gesetzlichen Sicherstellung der von ihr beantragten Einsparung bestehen müsse.

Die Besprechung ist nicht endgültig abgeschlossen, vielmehr sind noch für die Zeit nach Neujahr weitere Besprechungen über diese und die schwebenden Fragen der Gesamtpolitik vorgesehen.

**Die Vorlage über die Ministergehälter in Braunschweig angenommen.**

**Braunschweig**, 18. Dez. Im Landtag wurde das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Minister mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gegen die Abgeordneten der bürgerlichen Einheitsliste angenommen. Das Gesetz beseitigt die Pensionsberechtigung der Minister und setzt das Ministergehalt auf 12 000 Mark jährlich fest (gegen 18 000 Reichsmark bisher). Ein Antrag der Bürgerlichen, das Gehalt auf 16 000 Rmk. festzusetzen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ferner eine Entschließung, das Staatsministerium zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, durch die die Gehälter der oberen Beamten so weit herabgesetzt werden, daß sie zu den Amtsbezügen der Minister in einem angemessenen Verhältnis stehen.

**Lord Cecil über die Genfer Abrüstungsverhandlungen.** In einer Rede vor dem Völkerbundsausschuß des Parlaments im englischen Unterhaus gab Lord Cecil einen ausführlichen Bericht über die Entscheidungen der vorbereitenden Abrüstungskommission. Er sagte, er wolle nicht verhehlen, daß eine Beschränkung lediglich des Militärbudgets aus vielen Gründen unbefriedigt sei. Immerhin sei in Genf ein Rahmen geschaffen worden, der die Möglichkeit für eine beträchtliche Begrenzung der Rüstungen enthält. Jetzt komme es darauf an, welche Länder dazu bereit seien; ebenso sei es wichtig, daß Großbritannien in dieser Angelegenheit die Führung übernehme.

**Eine Mahnung des Prinzen von Wales an den britischen Handel.** Der Prinz von Wales hielt in der Guild Hall in London bei einem von Vertretern des Handels gegebenen Essen eine Rede, die durch den Rundfunk verbreitet wurde. Darin sagte er u. a.: Hier in der Guild Hall, wo mein Vater vor 25 Jahren England zurief: „Erwache!", richte ich an die Führer des britischen Handels den Aufruf: „Werdet vollkommen wach!" Erwägt sorgfältig und dann handelt mit Entschlossenheit! Ich vertraue darauf, daß der britische Handel, wenn Sie dies tun, seine alte Stellung auf den Märkten der Welt sich wieder erobern und aufrecht erhalten wird.

**Das Alkoholverbot in Amerika verfassungswidrig?** Der Bundesbezirksrichter Clark in Newark (New Jersey) hat eine Entscheidung gefällt, wonach die 18. Verfassungsergänzung, die das Alkoholverbot enthält, ungültig sei. In der Begründung zu dieser Entscheidung heißt es, eine Ergänzung zur Verfassung könne nur von einem verfassungsmäßig eingerufenen Konvent, aber nicht von den gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Staaten ratifiziert werden. Richter Clark beruft sich dabei auf etwa hundert Autoritäten.

# Aus der Heimat

**Donnerstag den 18. Dezember 1930**

—* **Streut Sand oder Asche** bei Glatteis oder festgetretenem, durch Regen glatt abgespülten Schnee und zwar am zeitigen Morgen! — Verbietet den Kindern, auf den Gangbahnen der Straßen durch „Reiten" glatte Stellen zu schaffen, die besonders nach eingetretener Dunkelheit Passanten gefährlich werden. — Schließt bei einem Schneefall Dachfenster und Kellerfenster gut ab. — Legt bei Frost am Morgen die Zäume der Pferde eine Minute in warmes Wasser (bevor dem Tiere der Zaum ins Maul gebracht wird). — Haustüren zu! — Treppenfluren rechtzeitig erleuchten! — Bäume vor Schneebruch sichern. — Pumpenleitungen mit Strohseilen umwickeln, ebenso gefährdete Hauswasserleitungen und andere Zu- und Abflüsse bei Eintritt starken Frostes schützen. — Kinder warnen, neu gefrorene Eisdecken zu betreten. — Das Vogelbauer vom zugigen Fenster entfernen. — Hofhunden ein warmes Lager geben. — Bei Frost nicht frischgewaschen aus dem Hause gehen. — Alle diese Ratschläge sind bei eintretender Kälte zu beachten!

—³ **Selbstanschlußbetrieb im Fernsprechverkehr und Posterweiterungsbauten.** Ein Teil der besonderen Mittel des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Deutschen Reichspost, das zur Milderung der Arbeitsnot bestimmt ist, dient der weiteren Automatisierung des Fernsprechbetriebs. Im Siegerland und in den angrenzenden Gebieten ist die Umstellung des Handbetriebs auf den Selbstanschlußbetrieb jetzt vorgesehen für Erndtebrück, Freudenberg, Hilchenbach, Kirchhundem und Neunkirchen (Kr. Siegen). Um den für die Aufstellung der neuen technischen Einrichtungen erforderlichen Raum zu gewinnen, werden in den genannten Orten zur Zeit Um- und Neubauten ausgeführt. Bei dieser Gelegenheit wird auch für den Postbetrieb Platz geschaffen, der der Abfertigung des Publikums zugute kommt. Die Anbauten werden so ausgeführt, daß sie sich im Stile der Umgebung anpassen und mit dem alten Posthause ein einheitliches gefälliges Gesamtbild geben. Trotz der ungünstigen Jahreszeit werden die Bauarbeiten schon jetzt durchgeführt, um in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not weiten Kreisen des Handwerks auch in den kleinen Orten Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen.

—* **Arbeiter-Rückfahrkarten.** Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal mitteilt, sind die vom 20. bis 28. Dezember ausgegebenen Arbeiter-Rückfahrkarten ausnahmsweise bis zum 7. Januar 1931 einschließlich — nicht 5. Januar — gültig.

—* **Personalausweise für Kraftfahrzeugführer.** In § 40 Abs. 1 und § 48 Nr. 4 Abs. 2 der Kraftfahrzeug-VO. vom 15. 7. 1930 (RGBl. I S. 276) ist für die Führer von führerscheinfreien Kraftfahrzeugen (Elektrokarren, Zugmaschinen, Kleinkrafträdern) vorgeschrieben, daß sie bei Benutzung des Fahrzeugs auf öffentlichen Wegen einen Personalausweis bei sich zu führen und auf Verlangen den zuständigen Beamten vorzuzeigen haben. Von der Einführung eines besonderen neuen Ausweises und der Aufstellung eines Musters ist abgesehen worden. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob nur ein von einer Behörde ausgestellter Lichtbildausweis (Paß, sonstiger polizeilicher Lichtbildausweis, Postausweis, Wandergewerbeschein, Gewerbelegitimationskarte usw.) anerkannt werden könne, oder ob auch Urkunden ohne Lichtbild als Personalausweis angesehen werden können. Wir bemerken folgendes: Als Personalausweis kann in der Regel nur ein von einer Behörde ausgestelltes Ausweispapier anerkannt werden, ein Lichtbild braucht diese Ausweise nicht zu tragen. Anzuerkennen sind z. B. standesamtliche Urkunden, Studentenkarten der Hochschulen, Arbeitsbücher, Invalidenkarten, alte Militärpapiere und ähnliche behördliche Ausweise, aus denen die erforderlichen Angaben über die Persönlichkeit, möglichst auch Geburtstag und Geburtsort einwandfrei hervorgehen. Bei Lichtbildausweisen kann auf die Notwendigkeit behördlicher Ausstellung dann verzichtet werden, wenn Ausstellerin eine in der Oeffentlichkeit bekannte Organisation ist. Vereinskarten, die kein Lichtbild tragen, Besuchskarten, Briefe und dergleichen können, wenn sie schon für die Feststellung der Persönlichkeit von Wert sein können, nicht als „Personalausweis" anerkannt werden. Vielmehr würde sich der Führer eines führerscheinfreien Kraftfahrzeugs, der nur mit derartigen Unterlagen aufwarten kann, strafbar machen.

—* **Kein Branntweinausschank vor 9 Uhr.** Der Preuß. Minister des Innern hat am 25. 11. 1930 auf Grund des § 15, Satz 1 des Gaststättengesetzes vom 28. 4. für den Bereich des Landes Preußen eine Verordnung über das Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Kleinhandels mit Trinkbranntwein in den Stunden vor 9 Uhr vormittags erlassen. Dieses Verbot gilt nicht für den Kleinhandel mit Trinkbranntwein in fest verschlossenen, mit der Firma des Herstellers oder Händlers versehenen Flaschen. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot werden mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die Verordnung ist am 2. Dezbr. in Kraft getreten.

—* **Die westfälischen Sparkassen im Monat November 1930.** Der Zufluß von Spareinlagen ist wieder recht stark gewesen. Sie haben sich bei den westfälischen Sparkassen im November um fast 7 Millionen RM. vermehrt und dadurch den Gesamtbetrag von 925 Millionen RM. erreicht. Es wurden ca. 15 000 neue Sparbücher ausgestellt. Die Giro-, Scheck- und Kontokorrenteinlagen nahmen um 2,6 Millionen RM. zu, sodaß sich die Gesamteinlagen auf 1 041 Millionen RM. belaufen.

•

## Laasphe:

* **Deutsche Oberschule.** Die diesjährige Weihnachtsfeier findet Freitag den 19. Dezember, abends 8 Uhr in der Aula in bekannter Weise statt. Die Angehörigen der Schüler und Freunde der Schule sind zu der Feier freundlichst eingeladen.

•

## Erndtebrück:

**Um der zunehmenden Verunstaltung** von Häusern, Straßen und Wegen 2c. durch Aufstellen und Anbringen von Schildern und Reklameaufschriften vorzubeugen, wurde in der letzten Amtsversammlung der Erlaß einer Amtssatzung beschlossen. Die Satzung ist inzwischen erlassen worden und hängt zu jedermanns Einsicht im Gitterkasten aus.

**Die Sammlung für das Kriegsinvalidenheim** in Volmarstein ergab hier den recht ansehnlichen Betrag von 116,50 Mark.

---

# Aus Nah und Fern.

— **Günterod** (Kr. Biedenkopf). Gefängnis für Schlingensteller. Die Schlingensteller, die im Sommer und Herbst dieses Jahres dem Wildbestand der hiesigen Jagden auf unmenschliche Weise nachgestellt hatten, mußten sich am Montag vor dem Schöffengericht Marburg, das seine Sitzung auf der Günteroder Bürgermeisterei abhielt, für ihr beschämendes Treiben verantworten. Unter Anklage stand der Bergmann A. J. mit seinem Bruder. Lange hatte man nach einer bestimmten Seite Verdacht gehegt, doch gelang eine direkte Ueberführung nicht. Durch einen Zufall konnte der Haupttäter damals ermittelt werden. Eine Haussuchung hatte geradezu erdrückendes Material zu Tage gefördert. Nach Vernehmung der geladenen zwölf Zeugen verurteilte das Gericht den Haupttäter zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, während der andere mit zwei Monaten Gefängnis davonkam. Das Urteil ist mit Rücksicht auf die Qualen, die sie den erdrosselten Tieren bereitet haben, durchaus gerecht.

— **Dillenburg.** Eine Stationskasse geraubt. Während der Hilfsbeamte der Fahrkartenausgabe Sechshelden sich auf dem Bahnsteig befand, raubte ein dreister Einbrecher die Wechselkasse mit dem Betrag von ungefähr 51 Mark. Den Nachforschungen der Bahnpolizei und der Landjägerei gelang es bald, eine Spur im Schnee festzustellen, die in den nahen Wald führte, wo auch die Kassette mit etwas Hartgeld gefunden wurde. Im Laufe des Tages wurde zur Festnahme eines Arbeitslosen geschritten, auf den sich der Verdacht der Täterschaft gelenkt hat. Obwohl dieser die Tat ableugnet, dürften die Indizien zu seiner Ueberführung genügen.

— **Frankfurt a. M.** Zahlungseinstellung der Schumanntheater-G.m.b.H. Die Not der Zeit hat nun bedauerlicherweise auch das Schumanntheater in Mitleidenschaft gezogen, das in diesen Tagen 25 Jahre alt geworden war. Die Pächterin, die Schumanntheatergesellschaft, mußte ihre Zahlungen einstellen, nachdem eine Arbeitsgemeinschaft der gastierenden Künstler den Varietebetrieb bis vor wenigen Tagen mühsam aufrecht erhalten hatte. Das Theater ist zunächst bis zum 24. Dezember geschlossen, die Arbeitsgemeinschaft wird vom 25. Dezember bis zum 1. Jan. weiterspielen. Die Eigentümerin des Gebäudes ist die „Zirkus- und Theaterbau-A.-G." Wie man hört, beabsichtigt diese, den Theaterbetrieb selbständig im neuen Jahre fortzuführen, da am 31. Dezember der Vertrag mit der bisherigen Pächterin abläuft. Die Schwierigkeiten erstrecken sich nicht auf die A.-G., sondern auf die Betriebsgesellschaft. Eine Modernisierung des Schumanntheaters durch einen Umbau ist schon seit längerer Zeit geplant.

— **Eine Hochstaplerin in Männerkleidung gefaßt.** In Stuttgart wurde die Hochstaplerin gefaßt, die kürzlich im Kandertal in Tannenkirch eine goldene Uhr stahl, nachdem sie verschiedene Betrügereien und Zechprellereien in Männerkleidung verübt hatte und nach Basel verschwand, wo sie ebenfalls sich Zechprellereien zuschulden kommen ließ. Es handelt sich um die 17 Jahre alte Oesterreicherin Susanne Wimmer.

— **Eine furchtbare Familientragödie** spielte sich in einem Hause im Waldsee-Gebiet in Freiburg ab. Der 55 Jahre alte Handelsvertreter Heinrich Wittig aus Leipzig hat seine 40 Jahre alte Frau, sein 6 Jahre altes Söhnchen und sich selbst erschossen. Wirtschaftliche Not trieben ihn zu diesem Verzweiflungsschritt. Die Familie war erst vor 5 Monaten aus Leipzig nach Freiburg gekommen und hatte die Vertretung von Korsettfabriken in Leipzig und Dresden. Seine 1 Jahre alte Tochter befindet sich in einem Stift in Freiburg und entging so der schrecklichen Tat.

**Madrid,** 17. Dez. Schweres Eisenbahnunglück in Spanien. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute, als der Asturias-Expreß bei der Einfahrt in den Bahnhof auf einen Güterzug auflief und entgleiste. Mehrere Wagen des Expreßzuges stürzten um und wurden schwer beschädigt. Zwölf Reisende kamen bei dem Unfall ums Leben, während zwanzig andere verletzt wurden.

•

— **Was die Reichsbahn pro Jahr leistet.** Im Jahre 1929 haben die Züge der Deutschen Reichsbahn insgesamt 538 Millionen Kilometer zurückgelegt. Rechnet man diese Leistung auf einen Tag um, so ergibt sich, daß täglich rund 1 500 000 Kilometer gefahren werden. Das ist eine so gewaltige Zahl, daß man sich nur durch einen Vergleich einen Begriff dieser Leistung machen kann. Der Erdumfang am Aequator beträgt 40 000 Kilometer. Um die tägliche Zugleistung der Deutschen Reichsbahn auszudrücken, müßte daher ein Eisenbahnzug 37 mal den Aequator umkreisen. Diese beinahe unglaublich erscheinende Leistung vollbringt die Deutsche Reichsbahn Tag für Tag!

**Große Zerstörungen an Fernleitungen.**

Berlin, 18. Dez. Umfangreiche Zerstörungen sind in der vergangenen Nacht von Kupferdieben auf der Strecke zwischen Bernau und Melchow an der Stettiner Bahn angerichtet worden. Es wurden in einer Ausdehnung von zwei Kilometern von 38 Telegraphenstangen die Bronzedrähte der Fernleitungen abgeschnitten. Die Drähte haben ein Gesamtgewicht von über 30 Zentner. Es scheint, daß verschiedene Banden sich zusammengetan haben, denn es ist ausgeschlossen, daß wenige Personen die Riesenmenge Draht hätten fortschaffen können. Bronzedraht von der Art, wie er zu Fernleitungen benutzt wird, kommt niemals in den Handel. Auch die älteren Drähte, die durch neue ersetzt werden, verkauft die Post nicht, sondern schmilzt sie ein. Da die Diebe damit rechnen dürfen, für die Drähte in ursprünglicher Form einen Abnehmer zu finden, so müssen auch sie über eine Schmelze verfügen.

**Großer Wasserrohrbruch.**

Berlin, 18. Dez. Unter dem Fahrdamm der Potsdamer Straße, die eine Hauptverkehrsader Berlins darstellt, brach heute früh kurz vor 8 Uhr ei Wasserrohr. An der Bruchwurde das Holzpflaster durch den Druck der ausströmenden Wassermassen zerrissen, und die Fluten ergossen sich über den Straßendamm. Die Polizei sperrte die Straße zwischen Potsdamer Brücke und Eichhornstraße für den gesamten Fahrverkehr und leitete ihn um. Der Fußgängerverkehr konnte auf einer Straßenseite aufrechterhalten werden. Die Umleitung des Verkehrs hatte größere Störungen zur Folge.

**Verurteilung ungetreuer Bankleiter.**

Coburg, 18. Dez. Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte den früheren Direktor der Vereinsbank Coburg G. m. b. H. Arno Krauß zu 15 Monaten Gefängnis und 2000 RM. Geldstrafe, den Direktor Hans Mayer, ebenfalls von der Coburger Vereinsbank, zu zehn Monaten Gefängnis und 1000 RM. Geldstrafe. Beide Verurteilten haben durch falsche Buchungen die Bank um mehr als 180 000 RM. geschädigt. Der Staatsanwalt hatte für Krauß zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und 5200 RM. Geldstrafe, für Mayer 13 Monate Gefängnis und 2100 RM. Geldstrafe beantragt. Das Gericht lehnte in seinem Urteilsspruch den Haftantrag des Staatsanwalts ab.

**Hochzeit von Clärenore Stinnes.**

London, 18. Dez. Clärenore Stinnes, die Tochter von Hugo Stinnes, die bekannte Autofahrerin, hat sich mit dem Filmproduzenten Carl Söderström verheiratet.

**Der Zusammenstoß der „Bremen" mit dem „British Grenadier".**

London, 18. Dez. Der Britische Admiralitätshof beschäftigte sich mit dem Zusammenstoß des deutschen Dampfers „Bremen" mit dem englischen Oeltankschiff „British Grenadier" bei Dungeneß am 24. April dieses Jahres und stellte fest, daß die Führung beider Schiffe an dem Zusammenstoß die Schuld trage. Beide Schiffe sind in dichtem Nebel nach der Auffassung des Gerichtshofes zu schnell gefahren.

**Drangsale deutscher Missionare in China.**

Hongkong, 18. Dez. Die der Baseler Mission angehörenden deutschen Missionare Fischle und Walter, die, aus der Gefangenschaft befreit wurden, sind in stark erschöpftem Zustande angekommen. Sie sind halb verhungert und leiden an Malaria. Sie waren monatelang gezwungen, barfuß und schlecht gekleidet in jedem Wetter von Ort zu Ort zu ziehen, wobei sie für den Fall eines Fluchtversuches wiederholt mit Erschießen bedroht wurden. Die Gefangenen wurden bei Nacht mit dem Hals und den Füßen zusammengekettet. Sie übernachteten in Höhlen oder im Freien,, stets bewacht von drei bewaffneten Räubern. Die Flucht wurde durch einen Mittelsmann bewirkt, der die Wachen bestach.

---

## Bücherschau.

**Schreiner- und Tischlerkalender 1931.** Herausgegeben vom Landesverband bayerischer Schreinermeister. Verlag: Bayerische Schreinerzeitung, Augsburg. Preis in Leinwand gebunden: 1.— RM. einschl. Porto. Der neue Kalender ist besonders für Notizzwecke eingerichtet. Das Kalendarium ist so eingeteilt, daß für jeden Tag ein entsprechender Notizraum freigehalten ist. Der Kalender enthält aber auch sehr viel Wissenswertes. Organisation, Lehrlings- und Prüfungswesen, Versicherungswesen und Wirtschaftsfragen, Rechtsfragen, nützliche Winke für die tägliche Praxis, u. a. die verschiedenen Arten der Holzberechnung, bilden einen weiteren Teil des wertvollen Inhalts des vorzüglich ausgestatteten Kalenders, der im Vergleich zu ähnlichen Taschenkalendern wirklich sehr billig ist. Trotzdem der Kalender 32 Seiten stärker ist wie im Vorjahr, wurde der Preis um 15 Pfg. ermäßigt.

---

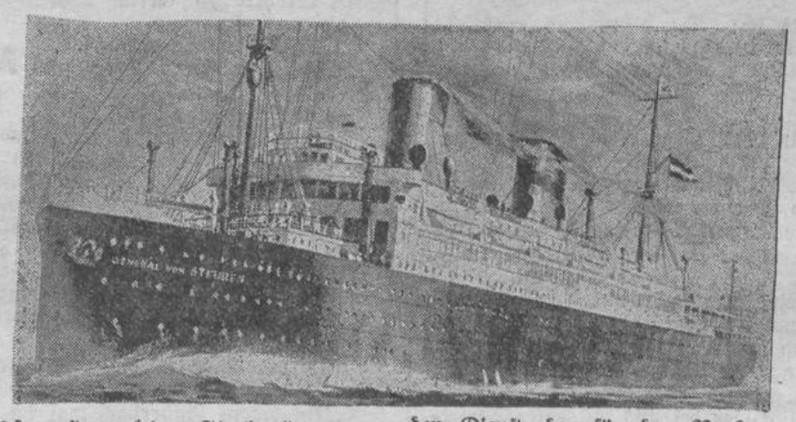
# Wetterbeobachtungen

**Wetteraussichten für Freitag:** Meist heiter und trocken. Zunahme des Frostes, meist östliche Winde.

## Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe

Von heute, 18. 12., 8 Uhr vormittags

| | | |
|---|---|---|
| **Temperatur:** | | +1° C |
| **Barometerstand:** | (gestern 770 mm) | 780 mm |
| **Feuchtigkeit der Luft:** | | 94 % |
| **Höchste Temperatur** | (seit gestern 8 Uhr vormittags): | +2° C |
| **Niedrigste Temperatur** | (" " " " ): | —1° C |
| **Niederschlagsmenge** | (" " " " ): | — mm |



**Neuer Lloyddampfer „General von Steuben".**

Der Norddeutsche Lloyd stellt einen neuen Dampfer in den Dienst, der für den Nordamerika-Dienst bestimmt ist. Das Schiff ist modernst eingerichtet und für 800 Fahrgäste berechnet.

Für Ihre Dame
ist eine fein ausgestattete
**Bonbonniere**
ein willkommenes
Weihnachtsgeschenk.
Sie finden diese bei mir in
reicher Auswahl
**Konditorei Schröder**
Laasphe

# Brennholzauktion

am **Sonnabend den 20. Dezember 1930,** vormittags 10 Uhr in der Gastwirtschaft Autschbach in Bermershausen.

| | | |
|---|---|---|
| 112,— rm | Buchen-Scheite | |
| 27,— „ | „ | -Knüppel |
| 8,— „ | „ | -Knorrholz |
| 93 Stück | „ | -Astreishaufen |
| 0,50 rm | Erlen-Knüppel | |
| 1, „ | Eichen-Knüppel | |
| 1,50 „ | „ | -Knorrholz |

aus dem Distrikt **Sparberg** und **Burg.**

Ueber die Lage des Holzes gibt der Forstbetriebsbeamte Herr **Unterförster Frank,** Holzhausen, nähere Auskunft.

Bekanntgabe der Bedingungen vor dem Termine. 1/3 des Steigerpreises ist im Termin in bar anzuzahlen.

**Fürst Wittgenstein'sche Oberförsterei Feudingen zu Saßmannshausen.**

## Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von **Feudingen,** Band 21 a, Blatt Nr. 29 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke

**am 11. Februar 1931, vormittags 9.30 Uhr**

an der Gerichtsstelle Schloßstraße Nr. 11, Zimmer Nr. 1 versteigert werden.

Gemarkung Feudingen, Flur 19 Nr. 49, Grundsteuermutterrolle 317, Acker am Hornberg, groß 18,67 ar, Reinertrag 0,62 Tlr., Flur 23 Nr. 4, bebauter Hofraum am Hornberg, groß 1.82 ar, Nutzungswert 90 M., Flur 23 Nr. 210/5, Hofraum am Hornberg, groß 0,08 ar, Flur 23 Nr. 211/5, Hausgarten am Hornberg, groß 10,12 ar, Flur 23 Nr. 209/6, Hausgarten am Hornberg, groß 0,08 ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Oktober 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Kaufmann Wilhelm Völkel in Feudingen eingetragen.

Laasphe, den 11. November 1930.

**Das Amtsgericht.**



**Erfahrungen einer Hausfrau:**
Es gibt für getragene Garderoben nichts Besseres als **chem. Reinigen od. Aufärben.** Machen Sie einen Versuch, und Sie werden ständige Kundin.
**Wilhelm Schneider,** Berleburg
Färberei, chem. Reinigung, Plisseepresserei
Annahmestellen:
**Laasphe:** L. Schröder, Hutgeschäft.
**Erndtebrück:** C. Bald, Schneidermstr.
**Feudingen:** Reinh. Müller.

**Musik-Instrumente**
Violinen / Guitarren
Zithern / Mandolinen
Harmonikas / Grammophone
Schallplatten
kauft man am besten bei
**Hermann Jung**
Laasphe

## Dringlichkeits-Sitzung

am **Donnerstag den 18. Dezember 1930, nachm.** um 8½ **Uhr** im städtischen Sitzungssaale hierselbst.

Tagesordnung:
Einführung der Bier- und Bürgersteuer.

Laasphe, den 17. Dezember 1930.

**Der Stadtverordnetenvorsteher:**
Saßmannshausen.

Am **Freitag den 19. ds. Mts., vormittags 10 Uhr,** werde ich in Erndtebrück an Ort und Stelle, Sammelpunkt Wirtschaft **Strohmann**

**1 Waschkommode, 1 Ofen, 3 Schweine und 1 Kuh**

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Berleburg i. W., 16. 12. 30.

**Kirsten,** Obergerichtsvollzieher.

Sämtliche Drucksachen
liefert preiswert
Buchdruckerei
E. Schmidt
Laasphe.




**Für 20 Pfennig bekommen Sie „Ata"**

**Henkel's ausgezeichnetes Putz- u. Scheuermittel in der praktischen Streuflasche.**

Warum mehr anlegen? Lassen Sie Ata noch heute holen, wenn Sie es nicht kennen! Für wenig Geld und ohne große Mühe schafft Ihnen Ata blitzende Reinlichkeit in Küche und Haus. Ata ist zuverlässig, es schmiert und schrammt nicht, sondern sichert schonendste Behandlung aller Gerätschaften. Ein Versuch beweist es Ihnen.

**putzt und scheuert alles**
Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

# Glückssucher / Roman von Erika Riedberg

27] Nachdruck verboten.

„Wir wollen uns nicht mit Wiederholungen aufhalten, mein Kind. Du bist klar und verständig genug, das einzusehen."

In Marias kluge Stirn gruben sich ein paar tiefe Falten.

Unruhig erwiderte sie: „Du hast wohl recht . . . Aber eine fremde Kraft. Mir ist das ein beinahe unmöglicher Gedanke."

„An den du dich aber mit der Zeit gewöhnen mußt."

Sie stützte nachdenklich den Kopf.

„Wer überhaupt könnte das sein? Fremd in ein fremdes Geschäft hineinschneien. Bis der Vertreter sich eingearbeitet hat, bist du ja wieder da, Onkel."

„Ich glaube nicht."

Tief erschrocken fragte sie: „Du fühlst dich ernstlich krank, willst dich zurückziehen? Gänzlich?"

„Vorläufig nur für einige Wochen oder Monate, gegen Vertretung."

Sie verbarg ihre Unruhe.

„Wen hast du dafür in Aussicht genommen," fragte sie nun sachlich.

„Ich habe mich an Kurt Rehm gewandt. Der ältere Regkow ist aus England oder Amerika — ich weiß nicht genau, wo er war — wieder zurück. Er scheint mir durchaus geeignet. Ich habe Rehm anheimgestellt, die Sache einzuleiten."

„Ja, aber bester Oheim, Regkow hat doch sein eigenes Handelshaus. Das Eisenwerk . . ."

„Da hat sich während seiner Abwesenheit sein jüngerer Bruder Heinrich gut eingearbeitet. Es würde für einige Zeit dort noch ohne ihn gehen," sagte Lippoldt hartnäckig.

„Wenn auch. Aber sich hier bei uns mit einer Vertretung plagen. Verzeih, den Plan halte ich für ausgeschlossen."

„Wollen es abwarten, Kind."

Er lehnte sich in seinen Arbeitsstuhl zurück . . . Zufrieden, daß die Sache soweit gediehen war.

Er war gerade im Begriff, durch den Bankdiener Spohmann den ersten Prokuristen zu sich zu bitten, als Maria etwas hastig sagte:

„Ich muß dir gestehen, Oheim, der ältere Regkow war mir immer wenig sympathisch."

„Liebes Kind, ob sympathisch oder nicht, — hier handelt es sich darum: Wer ist befähigt, die Firma während meiner Abwesenheit zu verwalten und zu fördern, will das Doktor Regkow übernehmen, so bin ich ihm dankbar — und habe persönliche Neigung oder Abneigung dem Geschäftsinteresse nachzustellen. Er ist ein intelligenter Kopf. Und den müssen wir haben."

„Und meine eigenen Leistungen? Gelten die nichts? Soll ich gewissermaßen unter seiner Führung arbeiten? In meinem eigenen Hause, als Inhaberin?"

„Du wirst mit ihm arbeiten, wie wir zusammen arbeiteten. Daß Regkow den richtigen Takt haben wird, dessen glaube ich sicher zu sein . . . Im Fall er überhaupt annimmt, was noch eine Frage ist. Und nun: An die Geschäfte, verehrte Inhaberin. Wir sind heute sehr im Rückstande."

Er drückte auf die Klingel.

„Wir lassen Herrn Spohmann bitten," befahl er dem Diener.

Der erste Prokurist trat ein.

Es war ein breitschultriger, untersetzter Mann mit verständigem Gesicht — — gewiß ein treuer, tüchtiger Arbeiter, ein solider, rechtschaffener Kaufmann ohne besondere Intelligenz.

Er trug eine Mappe mit Papieren unter dem Arm, die er vor dem Geheimrat auf den Tisch legte.

Eine ganze Weile arbeiteten sie, indes nur halblaut Frage und Antwort gewechselt wurde, und mit Notizen oder Unterschriften versehene Schriftstücke hin und her gingen.

Als die Post erledigt war, fragte der Geheimrat: „Sonst noch was, Herr Spohmann?"

„Ein Agent Schirrbach war da, in Limmerode ist die Geländespekulation infolge der Ablehnung der zweiten Zweigbahn ziemlich verkracht. Er bietet Grundstücke an . . Wünschen Herr Geheimrat ihn zu sprechen?"

Lippoldt streckte abwehrend die Hände aus.

„Nein. Nein. Nicht jetzt. Wir haben mit der Sache in Strehnitz zu tun . . . Nicht zu viel aufladen. Außerdem lieber Spohmann, was ich noch sagen wollte, ich gebe mir einige Wochen Urlaub. Um einen Vertreter bin ich bemüht . . . Hoffe jedoch auf Ihre bewährte Kraft ganz besonders zur Unterstützung von Fräulein Lippoldt, sowie zur Orientierung des etwaigen Vertreters. Namentlich wegen der auswärtigen Objekte werden Entscheidungen zu treffen sein. Sagen Sie dem Agenten, er möge in einigen Tagen nochmals vorsprechen."

### 14. Kapitel.

Indessen war, direkt vom Bureau, Doktor Rehm zu seinem Freund Regkow unterwegs. Er traf ihn behaglich auf dem Diwan ausgestreckt in seiner Wohnung.

Erstaunt, soweit sich seine fast zur Kunst ausgearbeitete Selbstbeherrschung ein Erstaunen gestattete, sah er auf den erregt eintretenden Rehm.

„Na—a! Was ist los?"

Er schob ihm, ohne sich zu erheben, Zigaretten und Rauchtischchen zu.

„Setze dich und nimm."

„Danke, bitte lies."

Rehm reichte ihm einen Brief.

„Ah, vom Geheimrat Lippoldt." —

Er las — faltete das Schriftstück zusammen und schwieg.

„Nun," fragte Rehm gespannt, „du nimmst doch an?"

Regkow lächelte.

„Freund, ich seh' der Liebe Feuer schon durch deine Weste brennen."

„Was, ist das eine Antwort? Du bist nicht bei Troste, bester Doktor?"

„O ja, aber sehr, los sein willst du mich hier."

„Ach, Unsinn," wehrte sich Rehm, konnte aber doch nicht verhindern, daß er errötete.

„Los sein? Warum? Ich bringe dir Lippoldts Brief, was weiter?"

„Freie Bahn dem Tüchtigen — In diesem Falle: dem Verliebtesten . . . Jedoch — die schöne Wera?"

(Forts. folgt.)